Martin Stöhr

Brauchen Freunde Gegner?

Michael Krupp in Jerusalem mit Dank und in Freundschaft zum 70. Geburtstag

Schwarze Listen

Schwarze Listen von Juden, die zu meiden sind, von deutschen Christen publiziert – das ist in der Bundesrepublik neu. Sie riechen nach alter, denunziatorischer Zensur. Es wird vor jüdischen Referenten gewarnt, die sich kritisch mit der Regierungspolitik Israels gegenüber den Palästinensern auseinandersetzen. Sie alle verneinen weder das Existenzrecht Israels noch sein Recht auf Verteidigung, noch den jüdischen Staat Israel als selbstbestimmte Zuflucht für Juden, die Judenhass heute gefährdet. Die singuläre Erfahrung eines Völkermordes durch Deutsche muss auch nach ihnen Israels Politik bestimmen. So unterschiedlich ihre Argumente und Schärfe auch sind, ihre Gemeinsamkeit lässt sich grob so zusammenfassen: Israelische Besatzung und Demütigungen der Palästinenser sind durch Verhandlungen mit den Besetzten genau so zu beenden wie Siedlungspolitik und Landenteignungen. Sie lehnen Terror und reale Vernichtungsdrohungen ab, die keineswegs nur durch den Holocaustleugner Ahmadinedschad auf Israels Leben zielen.

Eine schwarze Liste ist im Rundbrief Nr. 74 des „Freundeskreises Kirche und Israel“ aus Baden zu finden. Seine Absicht ist, „unseren jüdischen Freunden das Gefühl zu vermitteln, dass sie nicht allein stehen, sondern wirkliche Freunde haben“. Realisierte sich diese Absicht aber nicht besser, wenn die lebhafte innerjüdische und innerisraelische Debatte, die täglich z. B. in Haaretz und in vielen selbstkritischen Büchern zu lesen ist, wahrgenommen und ebenso kritisch hier wie dort diskutiert würde? Israel hat es als einzige Demokratie im Mittleren Osten nicht nötig, dass Deutsche es fürsorglich hinter einen nur teilweise geöffneten Vorhang des Welttheaters setzen.

Die Namen derer, die nicht mehr eingeladen werden sollen, sind die Professoren Moshe Zuckermann, Ilan Pape, Alfred Grosser und Ernst Tugenthat, der Historiker Ruven Moscovitz, Mitgründer von Neve Schalom / Wahat al Salam, sowie der Journalist Uri Avneri. Es fehlt Daniel Barenboim ..., vielleicht, weil er Einladungen ablehnen müsste? Die „Bewegung“ dieser Leute sei deswegen „gefährlich“, weil sie „der hierzulande negativen Haltung gegenüber Israel immer wieder Munition liefert“. Rupert Neudeck durfte in Frankfurt/M. ebenso wenig sprechen wie Ruven Moscovitz im Martin-Buber-Haus in Heppenheim. Vermeintliche Schutzherren Israels hatten massiven Druck ausgeübt, um Munitionslieferungen für Israels Gegner zu verhindern.

Natürlich gibt es eine falsche Solidarität mit Palästinensern, die nur sie als Opfer sieht, auf deren Seite Christen immer zu stehen hätten. Natürlich bietet diese Sichtweise den Vorteil, auch noch selbst definieren zu können, wer das Opfer ist. Natürlich gibt es eine feige Benutzung jüdischer Autoren durch Nichtjuden, die ihre Kritik hinter dem Argument verstecken „Auch der Jude xyz sagt, dass ...“. Diese Vernutzung erfuhren Martin Buber und Nahum Goldmann ebenso (auch Henrik Broder zu Recht und Micha Brumlik zu Unrecht im selben Heft!) wie viele Diskutanten in Israel und in der Diaspora. Sind hier nicht mehr Mut zum eigenen Denken und Widersprechen anstelle von deutschem Protektionismus und argumentativer Schonkost gefragt?

Eine ökumenische Perspektive

Das Heft eröffnet noch eine andere Verteidigungsfront gegen den Ökumenischen Rat der Kirchen (ÖRK). Es wird gegen ihn polemisiert, ohne ihn bzw. seine Beschlüsse auch nur mit einem Wort zu zitieren. Die lange Tradition, über andere zu reden statt (streitbar) mit ihnen, feiert fröhliche Urständ. Würden Erklärungen oder Debatten des ÖRK zitiert oder gar abgedruckt, könnten alle nachlesen, dass er nicht zum Boykott Israels aufruft und Gewalt auf beiden Seiten ablehnt, weil nur Verhandlungen die gleichberechtigte und sichere Existenz eines israelischen und eines palästinensischen Staates möglich machen. In allen kommenden Ver-

handlungen geht es wieder um die Jerusalem-, die Flüchtlings- und die Grenzfragen. Das zeigen die UNO-Resolutionen ebenso wie der letzte ernsthafte, aber gescheiterte Versuch von Verhandlungen zwischen Clinton, Barak und Arafat. Seit Annapolis stehen dieselben Kontroversen wieder auf der Tagesordnung. Es ist klar: Die Rückkehr aller Flüchtlinge wäre Israels Ende, das Judenfeinde aller Couleur wünschen. Die ungelösten Probleme müssen völkerrechtlich geregelt werden.

Darüber hinaus bleibt zu fragen: Wäre es nicht sinnvoll, den Nahostkonflikt auch einmal aus der ökumenischen Perspektive einer katholischen, orthodoxen, anglikanischen und protestantischen Christenheit in Lateinamerika, Afrika und Asien zu betrachten? Haben sie nicht ein paar Fragen an die weiße Minderheit der Welt zur Beurteilung des Nahostkonflikts und zu den Prioritäten des „Nordens“ zu stellen? Warum wird das Amman-Dokument des ÖRK, in dem die dreizehn christlichen Kirchen in Israel und Palästina mit ökumenischen Gästen aus der ganzen Welt sich erklären, nicht abgedruckt? Es würde die hämische Beurteilung des Weltkirchenrates korrigieren. Der ÖRK hat seit seiner Gründung 1948 mit theologischen und politischen Argumenten den Staat Israel – im Gegensatz zum Vatikan – anerkannt, ist allerdings nicht nur für ein gesichertes Lebensrecht Israels eingetreten, sondern auch – wie die Balfour-Deklaration von 1917 und die EKD-Denkschrift von 1975 – auch für die Rechte der arabischen Bevölkerung.

Schuldbekenntnisse

Das genannte Heft fällt diesmal besonders alarmistisch aus. Da wird – posthum ebenso tapfer wie billig – auch Martin Niemöller abgefertigt, der als Ökumeniker und Pazifist aus der „Schule“ des KZ kam. Er hat wie kein anderer Teschuva getan, eine Umkehr, die an der heutigen EKD und Katholischen Bischofskonferenz vermisst wird. Diesen wird einfach das Schuldbekenntnis der Kirchen nicht geglaubt („scheinbar demütige Verbeugung in Yad Vashem“). Welcher Gesinnungstest macht ein solches Urteil über andere möglich? Bis heute wird Niemöller wegen seines eindeutigen, sich selbst und die Kirche einschließenden Schuldbekenntnisses von alten und neuen Deutschnationalen diffamiert. In all seinen Reden nach seiner Befreiung aus dem KZ nennt er die ermordeten Juden vor anderen Opfern deutscher Gewalt. In ihnen haben wir nicht den „leidenden Menschenbruder Jesus“ gesehen, sondern wir haben „nur für Recht und Freiheit der Kirche gekämpft“.

Dann druckt das Blatt ungeprüft (und schludrig: Niemöller war kein „Bischof“, eine „Hessische Kirche“ gab es nie, nur eine in Hessen und Nassau und eine andere in Kurhessen-Waldeck) einen Artikel aus der „ZEIT“ nach, ohne ihn selbst zu prüfen. Niemöller hat sich mit der Kirchenleitung – ich habe mich erkundigt – nach dem Kircheneintritt von Matthias Ziegler 1945 und dessen nachgeholtem Theologiestudium versichern lassen, dass dieser „umgekehrt“ sei. Noch war der Umfang von Zieglers Naziaktivitäten im Amt Rosenberg vor seiner Ordination 1950 nicht bekannt. Aber wie Niemöller selbst nach dem Bekenntnis seiner und der Kirche Schuld neu anzufangen versuchte, so meinte er, einem wahrhaftigen Altnazi die Chance eines Neuanfangs im christlichen statt im heidnischen Glauben nicht verweigern zu können. Wahrscheinlich war Zieglers nichtöffentliches Schuldbekenntnis damals geschönt. Er hat es nicht öffentlich abgelegt. Aber: Gilt eine Beichte, die dem Zuhörenden etwas verschweigt oder verharmlost, als Beichte oder nicht? Ist der Zuhörende verpflichtet, auch Untersuchungsrichter zu sein und die Darstellung des Beichtenden zu überprüfen? Das ist eine spannende theologische Frage, auf die ich gern eine Antwort hätte, zumal ich weiß, wie Schuldbekenntnisse öfter zu allgemein gesprochen werden. David und die Ehebrecherin werden ohne Untersuchung von ihrer Schuld befreit. Jeder Missbrauch von Schuldbekenntnissen verbietet nicht, ja gebietet eine schonungslose Aufklärung über die Schuld von Kirchen und Christ/innen, wozu H. Frankemölle und Chr. Münz im selben Heft eine vorzügliche Analyse beisteuern.

Martin Stöhr

lehrte Systematische Theologie an der Universität-Gesamthochschule Siegen.
Er ist Vorsitzender der Martin-Niemöller-Stiftung.